

Jugendhilfeausschuss
Herr Mroß, Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Titel der Drucksache:

Mitzeichnung der Petition "Sprach-Kitas retten" durch den Jugendhilfeausschuss

Drucksache

1535/22

Jugendhilfeausschuss

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	08.09.2022	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt begrüßt und unterstützt die Ausrichtung und Ziele der Online-Petition "Sprach-Kitas retten".

02

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses wird gebeten, stellvertretend für den Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt, die Petition "Sprach-Kitas retten" zu unterzeichnen.

06.09.2022, gez. 

Datum, Unterschrift Vorsitzender des JHA

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2022	2023	2024	2025
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Die Bundesregierung hat in ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 keine Finanzmittel für die Fortsetzung der Sprach-Kitas eingeplant, obwohl die drei Regierungsparteien im Koalitionsvertrag genau das Gegenteil versprochen haben. Ziel der Petition ist es, die die Regierungsparteien dazu aufzufordern, im derzeitigen parlamentarischen Verfahren für den Bundeshaushalt 2023 die geplante Streichung zu verhindern. Dafür bedarf es 50.000 Unterschriften in den ersten vier Wochen ab dem 17. August 2022. Darin liegt die Dringlichkeit der Drucksache begründet.